



## Regierungsratsbeschluss vom 05. September 2017

Interpellation Nr. 70 Beat Leuthardt betreffend rechtswidriges Verhalten der Basellandschaftlichen Pensionskasse am Basler Burgweg; schriftliche Beantwortung ; schriftliche Beantwortung

---

P175212

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

### **Begründung**

Die Zwischennutzung der Liegenschaften am Burgweg für die Unterbringung von Flüchtlingen war eine positive Erfahrung für alle Betroffenen, bei der die Zusammenarbeit mit der Basellandschaftlichen Pensionskasse sehr gut funktioniert hat. Weil nach Ablauf des befristeten Mietvertrags eine eventuelle weitere Mietdauer unklar war und die Sozialhilfe nach Möglichkeit vermieden, Flüchtlinge an einem Ort nur für kurze Zeit unterzubringen, ist auf eine Verlängerung des Vertragsverhältnisses verzichtet worden. Was die von der BLPK geschlossenen Verträge angeht, kann der Regierungsrat keine Bewertung vornehmen. Wie ein Vertrag im Einzelfall zu qualifizieren ist, hat mittels Auslegung des konkreten Vertragsinhaltes durch die Judikative zu geschehen.

